



Der Energie- und Sozialgipfel ergab konkrete Aufträge für die Fraktion.

Ein Blick zurück – ein Blick nach vorn

Im September 2021 ist DIE LINKE ein weiteres Mal als stärkste Fraktion in die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung eingezogen. Über 100 Anträge haben wir seit dieser Zeit in die BVV eingebracht, zahlreiche Anfragen gestellt, viele Themen bearbeitet. Wohnungsbau, Schulsanierungen, Klimaschutz, Verkehrssicherheit gehörten ebenso dazu wie Vogeltränken, Mülleimer in Parks oder öffentliche Fitnessgeräte.

Und wir haben uns Schwerpunkte gesetzt. Im April dieses Jahres luden wir zu einem Initiativengipfel ein. Vertreter aus 17 Initiativen diskutierten mit uns gemeinsam in drei Arbeitsgruppen über die Themen Stadtentwicklung und Wohnen, Verkehr, Innenhöfe und Kleingärten. Zusammengefasst finden sich die Ergebnisse des Gipfels in einer Broschüre (www.linksfraktion-lichtenberg.de).

Ganz frisch sind noch die Eindrücke von unserem Energie- und Sozialgipfel Mitte November 2022. Auch hier kamen drei Arbeitsgruppen zueinander, die unter folgenden Titeln standen: „Steigende Energiepreise und Lebenshaltungskosten – heißer Herbst und kalter Winter“, „Aus Hartz IV wird Bürgergeld – Probleme und Chancen“, „Armut in Lichtenberg – Maßnahmen und Gegenstrategien“. Zu unserer großen Freude konnten wir viele kompetente Gäste begrüßen. So erfuhren wir zum Beispiel, welche Fol-

gen die Energiekrise für Krankenhäuser, Kleingewerbe, soziale Einrichtungen und ältere Menschen hat. Klar wurde in der Diskussion, unter anderem mit dem Geschäftsführer des Lichtenberger Jobcenters und einem Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, das neue Bürgergeld wird – trotz einiger guter Ansätze – die Verarmung nicht stoppen, weil damit Hartz IV nicht abgeschafft, sondern bestenfalls abgemildert ist. Erschreckend war die Schilderung der vielen Gesichter von Armut. Kita-Erzieherinnen berichteten zum Beispiel über die Auswirkungen der Pandemie – gerade in Familien mit niedrigem Einkommen – auf die Zahngesundheit und Körperhygiene von Kindern. Ältere Menschen gehen, so eines der Beispiele, mit der Volkssolidarität wandern, haben aber kein Geld für den Kaffee danach und erfinden Ausreden aus Scham über die eigene Armut.

Vieles haben wir von diesem Gipfel mitgenommen: wichtige Informationen, gute Anregungen und Vorschläge, konkrete Aufträge für die Arbeit unserer Fraktion. Vieles davon wird sich in unserer weiteren parlamentarischen Arbeit wiederfinden. Und wir werden darüber berichten. Unter anderem in einer nächsten Broschüre, diesmal über die Ergebnisse des Energie- und Sozialgipfels.

TATJANA BEHREND

KOMMENTAR

Hofberichterstattung

Vielleicht erinnern Sie sich noch an den Fall Emmely? Die Kassiererin wurde wegen zwei Pfandbons im Wert von 1,30 Euro fristlos gekündigt. Ihr Vergehen: Die Bons waren liegengeblieben, und sie hatte sie eingelöst. Während eine Summe von 1,30 Euro zu einer fristlosen Kündigung nach 21 Jahren Betriebszugehörigkeit führte, bleiben circa 40 Millionen Euro Schaden für die Staatskasse folgenlos.

So viel kostet nämlich die Wiederholungswahl in Berlin, für die der damalige Innensenator und heutige Bausenator Geisel die politische Verantwortung trägt. Die Regierende Bürgermeisterin – sie selbst musste nach Plagiatsvorwürfen ihren Dokortitel abgeben – stellt sich dabei noch hinter ihren Senator, von dem wie von einer Teflonpfanne alle Vorwürfe abperlen. Im Unterschied zu Emmely darf er nicht nur weiterarbeiten, sondern kassiert auch künftig ein üppiges sechsstelliges Jahresgehalt. Die mangelnde Integrität der Franziska Giffey hat ihre Partei nicht davon abgehalten, sie zur Spitzenkandidatin für das Amt der Bürgermeisterin zu machen. Kein Wunder, dass Giffey die Verfehlungen ihres Senators angesichts ihres eigenen zerkratzten Images relativiert. Doch auch auf kommunaler Ebene ist in der vergangenen Sitzung der BVV deutlich geworden: Demokratie leidet unter mangelnder Verantwortung zuständiger Politiker. In diesem Fall ist sich der SPD-Baustadtrat Hönicke keiner Schuld bewusst, dass ein sechs Jahre andauernder Bebauungsplan am Ende wegen Fehlern nicht beschlossen werden kann. Das führt dazu, dass die grünen Ilsehöfe in Karlshorst nun doch bebaut werden können. Inszenierungen und Täuschungen des Stadtrates lassen vermuten, dass der B-Plan absichtlich verschleppt wurde. Zu Recht sind die Aktivist:innen der Bürgerinitiative „Rettet den Ilsekiez“ maßlos enttäuscht. (Lesen Sie dazu auch Seite 3.)

NORMAN WOLF

Politischer Austausch auf Lichtenberger Jugend-BVV

Am 18. Oktober fand die 2. Lichtenberger Jugend-BVV statt. Schülerinnen und Schüler aus neun verschiedenen Schulen trafen sich mit zehn Kommunalpolitiker:innen der Erwachsenen-BVV zum politischen Austausch im Rathaus. Genutzt haben wir die Barcamp-Methode. Schüler:innen kommen mit Themen aus ihrem Umfeld, die sie dringend verändern wollen, stellen diese selbstständig vor und diskutieren mit den anwesenden Politiker:innen über Wichtigkeit und Umsetzbarkeit im Bezirk.

Danach werden in einem Plenum verbindliche Vereinbarungen getroffen, wie mit den Schwerpunkten weiter verfahren wird. Jede Schule konnte zwei Schülerinnen und Schüler delegieren, die mit den wichtigsten Verbesserungsideen der Schule oder des Kiezes ausgestattet waren. Themen wie Verkehrsberuhigung, geän-

derte Umsteigezeiten von Buslinien, gesünderes Essen, bessere Reinigung der Schulen, Gewaltprävention und Mitbestimmung über Finanzen in Schulen wurden hier aufgerufen und zeigen, wie vielfältig und unterschiedlich die Gewichtung an den Schulen ist. Eine solche Veranstaltung zeigt, wie nah junge Menschen an politischen Themen sind. Es ist richtig und besonders wichtig, sie frühzeitig mit einzubeziehen. Auch wir Erwachsenen müssen lernen, unseren Blick zu verändern und den Weg des „das war schon immer so“ mal zu verlassen. Wie geht es weiter? Die Politiker:innen werden die Themen mit in die Erwachsenen-BVV nehmen, um dort in verschiedenen Ausschüssen dafür zu sorgen, die Ideen, Wünsche und Vorschläge der jungen Lichtenberger:innen umzusetzen.

CAMILLA SCHULER



Partnerschaft mit tiefen Wurzeln

Der Bezirk Lichtenberg pflegt mit sieben Gemeinden und Stadtbezirken auf drei Kontinenten Partnerschaften im Sinne der Völkerverständigung. Im Alltag dürften die meisten Menschen im Bezirk jedoch wenig vom interkulturellen Engagement der Verwaltung mitbekommen. Dabei gibt es durchaus bemerkenswerte Aktionen, die Aufmerksamkeit verdienen.

Hierzu zählt die Pflanzung mehrerer Bäume im Stadtpark mit Vertreterinnen aus den Partnergemeinden. Im Jahr 2017 brachte das Bezirksamt den ersten Baum mit Vertretern aus Hoan Kiem, dem zentralen Bezirk der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi, in die Lichtenberger Erde ein. In diesem Sommer folgten zwei weitere Pflanzungen: Kamubukwana, Stadtteil von Mosambiks Hauptstadt

Maputo, ist nun ebenso mit einem Baum vertreten wie Jurbarkas, eine litauische Kleinstadt an der Grenze zur russischen Oblast Kaliningrad. Auch Kaliningrad selbst ist übrigens Partnerstadt von Lichtenberg, wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine liegt diese jedoch derzeit auf Eis. Bleibt zu hoffen, dass auch Kaliningrad künftig mit einem Baum vertreten sein wird, wenn in Europa wieder Frieden herrscht.

Die Linksfraktion hat in der BVV beantragt, künftig in angemessener Weise auf die Städtepartnerschaftsbäume aufmerksam zu machen, um die Menschen in Lichtenberg auf diese schönen Symbole der internationalen Verständigung hinzuweisen.

ALEXANDER ROSSMANN

Buddhistische Pagode erhalten

Über viele Jahre hat sich im Norden unseres Bezirks, im Großhandelszentrum Pacific-Center in der Marzahner Straße, eine buddhistische Pagode etabliert. Lange schien das niemanden zu stören, bis im Herbst dieses Jahres Stadtrat Kevin Hönicke (SPD) die jahrelange Duldung aufhob und der Gemeinde plötzlich eine Abrissverfügung drohte.

Die Aufregung im Bezirk war groß, und der zuständige Stadtrat versuchte, sich durch Schuldzuweisungen an den Senat und insbesondere den linken Kultursenator zu entlasten. Doch entgegen den Behauptungen des Baustadtrats war der Bestand der Pagode nie von einer Einordnung des Buddhismus als „kirchliche Einrichtung“ oder Religion durch den Senat abhängig. Baubehörden und Verwal-

tungsgerichte in ganz Deutschland haben in ähnlichen Fällen Pagoden jedenfalls als „kulturelle Einrichtungen“ im Sinne der Baunutzungsverordnung auch in Gewerbegebieten für genehmigungsfähig gehalten. Zu Gunsten der baurechtlichen Zulässigkeit fällt schließlich auch die Religionsfreiheit der Gemeinde ins Gewicht. Ein Umzug der Pagode ist keine Option, dies widerspricht dem buddhistischen Totenkult.

DIE LINKE hat sich nun mit einem Antrag in der BVV für eine Fortsetzung der Duldung und spätere Legalisierung eingesetzt. Es liegt jetzt am zuständigen Stadtrat, den politischen Willen der BVV rechtssicher umzusetzen und seine Blockadehaltung aufzugeben.

ANTONIO LEONHARDT



Noch unauffällig, aber bedeutungsvoll: Diese jungen Bäume wurden mit Lichtenbergs Partnergemeinden gepflanzt.



Im Großhandelszentrum Pacific-Center befindet sich eine buddhistische Pagode.

Erster Queer-Preis in Lichtenberg vergeben

Mit großer Freude haben wir als Fraktion DIE LINKE an der Preisverleihung des ersten Queer-Preises in Lichtenberg teilgenommen, der anlässlich des Coming-Out-Days am 11. Oktober 2022 im Theater an der Parkaue vergeben wurde. Die Preisträger:innen LesbenLebenFamilie (LesLeFam) e.V. erhielt den Preis als Würdigung für besonderes Engagement für die queere Community in Lichtenberg.

Seit vielen Jahren vertritt LesLeFam die Interessen von lesbischen und queeren Frauen. Ob mit Beratungs- und Hilfsangeboten, dem Regenbogenfamilienzentrum oder der Lichtenberger Frauenwoche, LesLeFam ist eine wichtige Anlaufstelle für die queere Community und unterschiedliche Familienformen nicht nur in Lichten-

berg, sondern auch darüber hinaus. Wir freuen uns sehr, dass die Vereinsvorsitzende Constanze Körner und ihre Mitstreiter:innen für ihr Engagement den ersten Lichtenberger Queer-Preis erhalten haben.

Auch im nächsten Jahr wird im Zuge des Coming-Out-Days der Lichtenberger Queer-Preis wieder vergeben, und Vorschläge können bis zum 31. Juli 2023 bei der Diversity- und Queerbeauftragten des Bezirksamtes Lichtenberg, Sabine Pöhl, eingereicht werden.

Für das Engagement von Sabine Pöhl und der AG Queer Lichtenberg, die ebenfalls zu den Nominierten für den Queer-Preis zählten, und die Veranstaltung möchten wir uns ebenfalls herzlich bedanken.

ANTJE SCHIWATSCHEV



Constanze Körner, (1. Reihe, 4. von rechts) und ihre Mitstreiter:innen erhielten den Queer-Preis.

Erinnern gegen das Vergessen



Mitglieder der Fraktion gedenken zusammen mit Bürgermeister Michael Grunst und Gesine Löttsch der Novemberpogrome 1938.

Am 9. November trafen sich Mitglieder unserer Fraktion sowie unser Bezirksbürgermeister Michael Grunst und unsere Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch anlässlich des Gedenkens an die Novemberpogrome 1938 am Gedenkstein in Hohenschönhausen. Dort, in der Konrad-Wolf-Straße 92, stand einst die 1934 geweihte Synagoge der jüdischen Gemeinde in Hohenschönhausen. Mit den Novemberpogromen und der Zerstörung zahlreicher jüdischer Einrichtungen sowie der darauffolgenden Deportation aller Gemeindemitglieder endete das jüdische Leben in Hohenschönhausen. Bis heute hat sich keine neue Gemeinde hier gegründet.

Warum das Gedenken auch heute aktueller denn je ist, zeigen nicht zuletzt die Zahlen des Lichtenberger Re-

gisters. Diese haben im vergangenen Jahr 523 Meldungen rechter Vorfälle in Lichtenberg gezählt. Dies bedeutet einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (421 Fälle). Gleichzeitig sitzt eine rechte Partei in vielen Parlamenten Deutschlands und verbreitet menschenverachtendes, rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Dass dieser Hass bereits in Taten umgesetzt wird, zeigen nicht zuletzt die Anschläge der vergangenen Jahre wie z. B. in Halle oder Hanau.

Ein mahnendes Erinnern gibt uns deswegen auch heute noch die Weisung, sich gegen jedwede Form rechter Gewalt zu stellen und immer wieder gegen das Vergessen zu erinnern.

SAMANTHA KLUG

Bebauung der Ilsehöfe verhindern

Vor sechs Jahren war ich dabei, als sich die Bürgerinitiative „Rettet den Ilsekiez“ gegründet hat, um gegen die Bebauung ihrer Höfe durch die HOWOGE vorzugehen.

Sechs Jahre später trafen wir uns wie so oft erneut an der Tischtennisplatte. Denn der zuständige SPD-Stadtrat hatte zuvor in der BVV verkündet, dass der sechs Jahre andauernde Bebauungsplan zum Schutz der grünen Innenhöfe nicht festgesetzt werden kann. Dabei fabrizierte er ein filmreifes Schauspiel und wies die Schuld dafür der Senatsumweltverwaltung zu.

Angeblich behindere nun eine Fahrradstraße den Beschluss des B-Plans. Schon am nächsten Tag stellte sich heraus, dass die Umweltverwaltung ihre Bedenken zum Schutz der Höfe zurückstellen würde. Die Schuldzuweisung platzte, und so musste der Stadtrat zerknirscht zugeben, dass die Fehler seiner Verwaltung bereits 2019 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bemängelt worden waren. In den drei Jahren danach tat man aber nichts, um sie zu beheben.

Allein der Bausenator Geisel hätte die Bedenken noch zurückstellen können, was bisher aber nicht geschah. Im Gegenteil: Er ist gegen den Schutz der grünen Höfe. Jahrelanges Bürgerengagement wird so mit einem Federstrich des Bausenators begraben. Und so könnte nun ab dem 8. Dezember theoretisch gebaut werden, wenn

die sogenannte „Veränderungssperre“ abläuft.

Unsere Fraktion hat das Thema im Abgeordnetenhaus für die Koalitionsrunde angemeldet. Es braucht jetzt schnell eine Gesellschafteranweisung des Senats an die HOWOGE, dass die Höfe nicht bebaut werden dürfen. Dafür werden wir uns in den nächsten Wochen weiterhin einsetzen. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen!

NORMAN WOLF



Die rbb Abendschau berichtete über den Ilsekiez. Norman Wolf antwortet auf die Fragen von Uli Zelle.

Nicht nur der Marktlogik folgen – Kay Lejcko



© PRIVAT

Kay Lejcko

Seit dem 1. Januar 2022 ist Kay Lejcko Geschäftsführer der Lichtenberger Linksfraktion. Er hat sich gut eingearbeitet, und die Fraktionsmitglieder haben ihn in den wenigen Monaten bereits schätzen gelernt. Es ist nicht nur seine ruhige Art, sondern auch seine Sachkompetenz, die er in den vergangenen Monaten unter Beweis gestellt hat. Erfahrungen für diese Arbeit hat Kay im Landtag von Hessen und im Bundestag gesammelt. Kay Lejcko stammt aus Mittelhessen, wo er 1978 geboren wurde. Sein Elternhaus beschreibt er eher als unpolitisch. Das Interesse für Politik wurde in der Schule geweckt, besonders das Fach Gesellschaftskunde hatte es ihm angetan. Nach dem Abitur absolvierte er ein Studium der Politikwissenschaft in Jena und Frankfurt/Main, das er 2008 als Magister abschloss. Noch während des Studiums fühlte sich Kay mit der SPD politisch verbunden. Doch die Einführung der Hartz IV-Gesetze 2005 und spätere eigene Erfahrungen mit diesen Maßnahmen ließen ihn an dem politischen Kurs der Partei zweifeln. Kay erzählt von seiner Teilnahme an den Protesten der Studierenden gegen die Einführung der Studiengebühren in Hessen. Seine politische Heimat fand er dann 2005

in der WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative). Im Juli 2005 nahm er an der Gründung der WASG im Kreis Bergstraße-Südhesse teil und wurde sofort in den Kreisvorstand gewählt. Kay erinnert sich an eine Aufbruchstimmung und Energie, die damals herrschten. Man wollte gesellschaftliche Veränderungen, übte Regierungskritik. Es ging um soziale Gerechtigkeit. Andere Wege, die nicht nur der Marktlogik folgten, sollten beschränkt werden. Besonders unzufriedene Sozialdemokraten und Gewerkschafter hatten eine neue politische Heimat gefunden.

Kay nahm dann 2007 als Delegierter am Landesparteitag in Hessen teil, der dann die Vereinigung der WASG mit der PDS zur LINKEN beschloss. Es war ein schwieriger Prozess gewesen, erinnert sich Kay. Besonders hebt er dabei die Verdienste unter anderem von Janine Wissler, der heutigen Parteivorsitzenden der LINKEN, im Vereinigungsprozess hervor, die er bereits während seines Studiums in Hessen kennengelernt hatte. Als eigentlichen Beginn seiner parlamentarischen Arbeit 2010 bezeichnet Kay seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion im Hessischen Landtag in Wiesbaden. Seine Arbeitsschwerpunkte waren die Kommunal- und Wohnungspolitik. Seit

2018 wohnen Kay und seine Frau in Berlin. Kay wurde Büroleiter der aus Bayern stammenden Bundestagsabgeordneten Nicole Gohlke und ab Oktober 2020 bei Jörg Cezanne, der dann bei der letzten Bundestagswahl am 26. September 2021 den Wiedereinzug ins Parlament verpasste.

Kay ist sehr froh darüber, dass er nun in Lichtenberg seine Erfahrungen in die Fraktion einbringen kann. Er sieht seine Arbeit als Schnittstelle zwischen dem Fraktionsbüro und der BVV. Ein besonderes Faible besitzt er für Zahlen. Die nicht einfache ordnungsgemäße Abrechnung der Fraktionsfinanzen ist bei ihm in guten Händen. Gelernt hat er den Umgang mit Finanzen als Schatzmeister von 2012 bis 2018 des Kommunalpolitischen Forums in Hessen.

Kay ist nicht nur im Fraktionsbüro anzutreffen. Als Mitglied des Ortsverbandes Friedrichsfelde-Süd unterstützt er unsere Abgeordnete im Abgeordnetenhaus Hendrikje Klein an Infoständen und verteilt regelmäßig die Infolinks. Entspannung findet Kay beim Musikhören, er liebt Hörbücher und gute Fernsehserien. Hin und wieder ist er auch als Zuschauer beim Fußball von SV Lichtenberg 47 oder SV Sparta Lichtenberg 1911 e. V. anzutreffen, dessen Fördermitglied er ist.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

- **15. Dezember, 17 Uhr**
Bezirksverordnetenversammlung,
Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36.
Die Tagung wird auch im Live-
Stream übertragen: <http://video-tron.de/lichtenberg/>

KULTURTIPP

Deborah Feldman **Unorthodox**

Eine autobiographische Erzählung

Deborah Feldman wurde 1986 in New York geboren und wuchs in der ultraorthodoxen chassidischen Satmar-Gemeinde im Stadtteil Williamsburg in Brooklyn auf. Ihre Muttersprache ist Jiddisch. Es ist eine abgeschlossene Welt, in der sie erzogen wird. Deborah, ein lebhaftes, wissbegieriges Kind, muss sich den strengen Regeln der Gemeinde unterwerfen. Ihre Zukunft ist klar vorgezeichnet. Von den Frauen wird vor allem eines verlangt, Kinder zu gebären. Kaum erwachsen, wird sie zwangsverheiratet. Auch für den ehelichen Verkehr gibt es Gesetze, die nur ein ungläubiges Kopfschütteln hervorrufen. Deborah gelingt es jedoch, mit viel Mut und Entschlossenheit mit ihrem Sohn zu fliehen und sich in Berlin ein neues Leben als Schriftstellerin aufzubauen. Die spannende Geschichte wurde unter der Regie von Maria Schrader auch verfilmt und ist auf Netflix zu sehen.

DANIELA FUCHS

- btb Verlag, München 2017

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf, Tatjana Behrend

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

21. November 2022

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH